Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 184 (2018)

Heft: 10

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Finnland

Militärdienst für Frauen in Frage gestellt

Seit 1995 dürfen in Finnland Frauen Militärdienst leisten. Zum ersten Mal seither hat nun anfangs Juli der finnische Verteidigungsminister Jussi Niinistö Zweifel daran angemeldet. Er wolle sein Budget entschlacken, so Niinistö «und irgendwo müssen wir Ersparnisse finden». Aktuell leisten etwa 1500 Frauen ihren freiwilligen Dienst, für Männer gilt Dienstpflicht. Klar, dass diese Ankündigung eine hitzige Debatte auslöste. Speziell daran ist aber, dass sich der Verteidigungsminister bereits einige Tage später von dieser Idee distanzierte. «Er glaube selbst nicht wirklich daran», so Niinistö. Ebenfalls klar, dass er damit auch eine Diskussion über die allgemeine Dienstpflicht auslöste. In Finnland können Männer wählen, ob sie etwa ein Jahr zum Militär oder in den Zivildienst gehen wollen. Ob es diese Wahl zukünftig noch geben wird, stilisiert sich derzeit zur grossen Frage im Land. Besonders die Frauen bei den Streitkräften fühlen sich als Freiwillige oft nicht ganz ernst genommen. Der Verband der Wehrpflichtigen weist zudem darauf hin, dass geschlechterbasierte Diskriminierung und sexuelle Belästigung stark zugenommen haben. Entsprechend wäre es gemäss dem Verband sinnvoll, die Dienstpflicht gleich auch auf Frauen auszuweiten, denn die Gesellschaft und damit auch die Streitkräfte müssten dann ihren Blick auf die Frauen in der Armee ändern. Für den Verteidigungsminister bleibt aber nur eines relevant, der Bestand seines Militärs. «Wir benötigen einen universellen Militärdienst, um die Fähigkeit zu erhalten, mit 280000 Soldaten in den Krieg zu ziehen.» Wie er diese Zahl in Zukunft erhält, lässt er aber offen, respektive delegiert die Arbeit an die Parteien im Land. Mögliche Antworten sollte er bald erhalten, in Finnland stehen nächstes Jahr Wahlen an.

Ziel verfehlt? Diskussion um Frauen in der Armee. Bild: yle

Italien

Wiedereinführung der Wehrpflicht?

Italiens stellvertretender Premier- und Innenminister beherrscht seine Tastatur. Kurz nachdem er Mitte August an einer Parteiveranstaltung erwähnte, dass er sich die Wiedereinführung der Wehrpflicht vorstellen könnte, lieferte er per Twitter eine Erklärung nach: «Den Militär- und Zivildienst wieder einführen, um unsere Kinder daran zu erinnern, dass neben Rechten auch Pflichten existieren». Italien setzte den obligatorischen Dienst im Jahr 2005 unter dem damaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi aus. Zwar lehnt heute die mitregierende Cinque-Stelle-Bewegung (welche auch das Verteidigungsministerium leitet) die Idee ab, aber Salvini gab offenbar bereits eine Studie zu seinem Vorhaben in Auftrag. Er meinte dazu, dass nun zuerst die Kosten, Zeitverhältnisse und die Möglichkeiten dafür überprüft werden, wie man in Italien für «einige wenige Monate nur» einen obligatorischen Wehrdienst wiedereinführen könnte. Es ginge ihm nämlich darum, dass die junge Generation immerhin ein bisschen «Erziehung und Bildung», welche sie von «Mamma und Pappa» nicht erhalten hat, erfahren kann. Salvinis erklärtes Ziel ist es deshalb auch, mit der Wehrpflicht die soziale Kohäsion und Integration im Bel Paese zu fördern. Natürlich nebst «dem verantwortungsvollen Umgang mit Feuerwaffen», so der Innenminister. Die Verteidigungsministerin Elisabetta Trente sprach indes von einer romantischen Idee, die absolut nicht mehr zeitgemäss sei.

Salvini fest am Steuer.

Russland

Multinationale Antiterrorübung

Ende August absolvierten im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) mehrere Länder eine gemeinsame, alle zwei Jahre stattfindende multinationale Übung mit Schwerpunkt Terrorismusbekämpfung. Das besondere daran, die jüngsten Mitglieder der Organisation, Indien und Pakistan entsandten beide Vertreter ins im russischen Südural gelegene Tschebarkul. Nach einer kurzen Ausbildungsphase mussten in der letzten Augustwoche die beinahe 3000 Teilnehmer des Manövers mit dem Decknamen «Friedensoperation 2018» in realen Szenarien sowie Stabsrahmenübungen ihre Fähigkeiten prüfen lassen. Die Übung gipfelte darin, dass eine von Terroristen eroberte Stadt wiedereingenommen werden musste, was «im scharfen Schuss» geschah. Die Manöverkritik fiel durchwegs positiv aus. Zuerst erkundeten Drohnen das Angriffsziel, Luftnahunterstützung führte

Eröffnungsansprache zur SZO-Übung.
Bild: Chinesische Volksbefreiungsarmee

mit der nötigen Feuerunterstützung die nachfolgenden Panzerverbände an die Stadt heran und erlaubte letztendlich den bereitstehenden Infanterieverbänden, im Häuserkampf die geschwächte Gegenseite zu verfolgen. Teilnehmende waren Delegationen aus Indien, Kasachstan, China, Kirgistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan, sowie SZO-Mitglied mit Beobachterstatus Weissrussland. Unter den offiziellen Gästen befand sich auch der chinesische Generalstabschef Li Zuocheng. Die Übung sei ganz im Sinne der Volksrepublik China. Dort hoffe man, dass sich Indien und Pakistan nun auf bilaterale Gespräche verständigen können, entsprechend der bestehenden multilateralen Mechanismen wie beispielsweise der SZO. Über die sich normalerweise im Kaschmir bekriegenden Nationen wurde denn auch berichtet, dass ganz entlang der militärischen Kameraderie am Abschlussanlass indische und pakistanische Offiziere nicht nur Höflichkeitsgeschenke austauschten, sondern auch gemeinsam feierten und tanzten. Dies wird langfristig zu mehr Frieden und Stabilität in der Region führen, so eine offizielle Note aus China dazu.

Ukraine

Zwischenbericht zur stabilen, aber prekären Lage

Bald fünf Jahre nach dem Euromaidan sind kriegerische Auseinandersetzungen in den Gebieten um Luhansk und Donezk alltäglich. Weiterhin bleiben Waffenstillstandsverletzungen und die wiederholte Beschiessung kritischer Wasser-, Sanitär-, Elektro- und Heizungsinfrastrukturen die grösste Bedrohung für knapp 3,4 Millionen Menschen. Psychosoziale (Stress-)Reaktionen führen deshalb die Rangliste der Probleme der Bevölkerung in der Region an. Von knapp 3,5 Millionen hilfsbedürftigen Menschen sind 500000 Minderjährige vom andauernden Konflikt in der Ostukraine direkt betroffen. Diese, als Teil der besonders vulnerablen Bevölkerungsschicht sollen weiterhin gezielt geschützt und gefördert werden. So gelang es dem UN-Kinderhilfswerk UNICEF, in der ersten Jahreshälfte für knapp 750000 Kinder und deren Angehörige einen dauerhaften Zugang zu Wasser und sanitären Installationen zu gewährleisten. Infolge der schlechten Infrastruktur fielen die Impfraten in den Keller. Resultat: etwa 20000 Masernfälle. Die alarmierte Weltgesundheitsorganisation intervenierte und versucht nun, die Durchimpfung insbesondere von Kindern der Kriegsgeneration zu erreichen. Im ersten Halbjahr 2018 wurden zehn Schulen angegriffen und danach acht davon geschlossen.

«Mine Awareness Training» in der Schule. Bild: OSZE

Die UNICEF unterstützt aktuell einen Ersatz-Fernunterricht und hat sich zum Ziel gesetzt, in der zweiten Jahreshälfte zwölf Schulen wiederzueröffnen. Dies mit Hilfe des Kiewer Ministeriums für Bildung und Wissenschaft, welches dafür das «Sichere Schulen»-Programm ins Leben rief. Ein Konzept, das die physische Sicherheit, das psychosoziale Wohlbefinden, kompetenzbasiertes Lernen und die partizipative Schulführung ins Zentrum stellt. Besonders die körperliche Unversehrtheit wird von einer schlechten Minen- und Sprengstofflage beeinträchtigt. Bis Juli wurde ein Kind im Zusammenhang mit Kriegsresten getötet und 17 weitere verletzt.

USA / Lateinamerika

Verstärkte US-Präsenz

Die USA werden die Anzahl ihrer Stützpunkte in Lateinamerika vergrössern. Derzeit besteht ein Netz aus etwa 800 US-Militärstützpunkten auf der Welt, davon befinden sich 76 in Lateinamerika und der Karibik, unter anderem in Panama, Puerto Rico, Kolumbien und Peru, wobei die meisten in Zentralamerika und der Karibik konzentriert sind. Bis zum Jahr 2020 sollen es 85 sein. Für die Koordinierung und Führung aller militärischen Operationen der USA in der Region ist das Südkommando der US-Streitkräfte (Southcom) zuständig.

Im Februar 2018 trug der Kommandant des Southcom, Admiral Kurt Tidd, dem US-Kongress «die Bedrohungslage und Herausforderungen in der Region» sowie die strategischen Konzepte seines Militärbereichs für die nächsten zehn Jahre vor. Dabei hob er hervor, dass es aufgrund der geografischen Nähe, der Wirtschaftsbeziehungen, und der Einwanderung keine andere Weltregion gebe, die das tägliche Leben in den USA so unmittelbar beeinflusse wie der Subkontinent. Zu den wichtigsten Herausforderungen in der Region zählen demnach der Kampf gegen den Drogenhandel, regionale und transnationale kriminelle Netzwerke sowie die zunehmende Präsenz von China, Russland und Iran in Lateinamerika. In diesem Zusammenhang werden Kuba und Venezuela als besondere Bedrohung beschrieben und mit eigenen Kapiteln aufgeführt.

Demgegenüber bemühen sich nach Angaben von Tidd die USA verstärkt darum, ein Netzwerk befreundeter Länder zu knüpfen, wobei Southcom von den US-Geheimdiensten und regionalen Verbündeten unterstützt wird. Drei gemeinsame Task Forces mit Sitzen in Florida (USA), Soto Cano (Honduras) und Guantánamo setzen dieses Vorhaben um.

In der Gesamtkonzeption ist Kolumbien ein wichtiger Akteur, insbesondere angesichts seiner neuen Beziehungen zur

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO).

Kolumbien investiert 3,1 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Militär und Rüstung. Auch Mexikos Militärausgaben sind in den letzten zehn Jahren erhöht worden, sie stiegen um 47,5 Prozent auf sechs Milliarden US-Dollar, was etwas mehr als 2,5 Prozent des BIP ausmacht. In den letzten Jahren ist auch Peru zu einem Schlüsselelement des US-Militärs in der Region geworden, mit Stützpunkten im Dschungel und regionalen Notfallzentren.

Erst kürzlich ermächtigte Argentiniens Regierung die USA, im Dreiländereck Paraguay und Brasilien eine Militärbasis auf ihrem Hoheitsgebiet zu errichten, zudem wurde ein Abkommen zur Schaffung eines Regionalen Geheimdienstzentrums in Patagonien unterzeichnet. Brasilien lud im November 2017 die US-Streitkräfte zu einem gemeinsamen Manöver im Amazonasgebiet ein.

Bild: Wikimedia

US Southcom, Badge.

Australien

Mit Drill zu Medaillen

Olympia: Die Armee soll Australiens Sportler fit machen. Australiens Armee soll mithelfen, dass die Athletinnen und Athleten von «Down Under» bei den Olympischen Sommerspielen 2020 in Tokio wieder besser abschneiden als 2016 in Rio de Janeiro. In Brasilien hatte es mit acht Gold-, elf Silber- und zehn Bronzemedaillen die schlechteste Ausbeute seit 24 Jahren für die «Aussies» gegeben.

Das Militär ist eine Partnerschaft mit Australiens Sportinstitut (AIS) eingegangen. «Drill sergeants» sollen dafür sorgen, dass die Medaillenanwärterinnen und -anwärter unter Druck wettbewerbsfähiger werden. Das soll durch Verbesserung der kognitiven und physischen Fähigkeiten erreicht werden. AIS-Direktor Peter Conde erinnerte daran, dass Australien in Rio die Nation mit den meisten Platzierungen von vier bis acht gewesen war.

Armeechef Rick Burr sagte, das Projekt würde auch dem Militär helfen. «Die Armee ist immer bestrebt, das Beste aus ihren Mitarbeitern herauszuholen. Diese Partnerschaft mit dem AIS legt den Schwerpunkt darauf, was wir tun können, um die menschliche Leistung zu verbessern.» Rund 120 Personen aus den Sportteams und Trainingsstäben werden an dem Programm teilnehmen.

China / USA

Bomber beunruhigen

Mit wachsender Sorge verfolgen Strategen im Pentagon die Bewegungen im südchinesischen Meer: Einem Bericht aus Washington zufolge proben die chinesischen Streitkräfte dort auch Attacken auf «Ziele der USA» und ihrer Verbündeten.

Das chinesische Militär trainiert nach Einschätzung des Pentagons offenbar Luftangriffe auf US-Ziele. «In den vergangenen drei Jahren hat die Volksbefreiungsarmee das Einsatzgebiet ihrer Bomber über See rapide ausgedehnt, Erfahrungen in heiklen Meeresgebieten gesammelt und dabei vermutlich auch Angriffe auf Ziele der USA und der Verbündeten geprobt», heisst es in einer Einschätzung aus dem US-Verteidigungsministerium.

Unklar sei bislang, welche Botschaft die Regierung in Peking abseits der Demonstration verbesserter Fähigkeiten dadurch senden wolle, schreiben die Autoren der Analyse weiter. Bei Manövern in den vergangenen Monaten hatte die chinesische Luftwaffe US-Erkenntnissen zufolge unter anderem auch die Landung schwerer strategischer Bomber auf Inseln und Riffen in umstrittenen Teilen des Südchinesischen Meeres geprobt.

Die neue Einschätzung zur Ausrichtung der chinesischen Manöver stammen aus dem jüngsten Jahresbericht des Pentagon zur militärischen Lage in der Volksrepublik. US-Geheimdienste halten die Entwicklungen dort genau im Blick. Der Bericht geht davon aus, dass der offizielle Wehretat Chinas bis 2028 trotz eines sich verlangsamenden Wirtschaftswachstums auf mehr als 240 Milliarden Dollar anwachsen dürfte.

Das Verteidigungsbudget Pekings hatte den US-Schätzungen zufolge zuletzt die Marke von 190 Milliarden Dollar überschritten. Zum Vergleich: Im jüngst beschlossenen Etatentwurf aus Washington sind für die US-Streitkräfte Ausgaben in Höhe von insgesamt 716 Milliarden Dollar vorgesehen.

China / Malaysia

Blockade an der Seitenstrasse

Mit gewaltigen Infrastrukturprojekten will sich China neue Handelswege nach Europa und Afrika erschliessen. Doch Malaysia spricht von «Kolonialismus» – und sagt Projekte mit einem Umfang von 20 Milliarden Dollar ab.

China muss beim Bau seiner Neuen Seidenstrasse einen Rückschlag hinnehmen: Wie malaysische Medien berichteten, habe das Land einer milliardenschweren Bahnstrecke und anderer von China finanzierter Projekte einen Riegel vorgeschoben. Für Peking ist die Vernetzung mit Malaysia ein wichtiger Bestandteil seiner Neuen Seidenstrasse. Im Zuge dieses gewaltigen Infrastrukturprojektes sollen neue Wirtschaftskorridore von China nach Europa und Afrika entstehen.

Jetzt unterrichtete Malaysias Premierminister Mahathir

Malaysia am Nadelöhr der Strasse von Malakla. Bild: Wikimedia

Mohamad die chinesische Führung während Gesprächen in Peking vom Ende der Zusammenarbeit. Betroffen sind neben einer etwa 20 Milliarden Dollar teuren Bahnverbindung, die mit chinesischen Krediten und Staatsfirmen gebaut werden sollte, auch zwei Pipelines im Wert von 2,3 Milliarden Dollar. Die Projekte waren schon zuvor ausgesetzt worden.

Der Regierungschef sagte den Berichten zufolge, sein Land könne es sich nicht leisten, so viel Geld zurückzuzahlen. Auch brauche Malaysia diese Projekte derzeit nicht. Der Bau sei zwar zu einem späteren Zeitpunkt noch möglich, derzeit konzentriere man sich aber auf die Reduzierung der Staatsschulden.

Kritiker der Neuen Seidenstrasse mahnen, dass die vor allem von China finanzierten Projekte zu einer Schuldenfalle für beteiligte Staaten werden könnten, weil sie so abhängiger werden. Schon vorher hatte sich der 93-jährige Mahathir während seines Besuchs in Peking kritisch geäussert und vor dem wachsenden wirtschaftlichen Einfluss Chinas gewarnt. Man wolle keine Situation, in der es eine neue Version von Kolonialismus gebe.

Pazifik

USA verstärken Militärpräsenz

Die USA bauen ihre militärische Präsenz in Australien weiter aus, um einer vermeintlichen Bedrohung durch China entgegenzuwirken. Dafür sollen 2500 US-Marines im australischen Darwin stationiert werden.

Die Präsenz des US Marine Corps in Australien hat sich seit der ersten Rotation von 250 Soldaten im Jahr 2012 deutlich vergrössert. Derzeit sind 1500 Mitglieder der Marine Rotational Force – Darwin in Australiens Northern Territory stationiert. Diese Zahl solle «so schnell wie möglich» auf 2500 steigen, erklärte das US-Verteidigungsministerium.

Die ständig wachsende militärische Präsenz der USA erstreckt sich über den gesamten pazifischen Raum mit etwa 22000 Marinesoldaten im japanischen Okinawa, 7000 in Guam und 28500 in Südkorea. Die US-Streitkräfte werden auch eine Reihe von Manövern auf Fidschi, Samoa, den Salomonen, Papua-Neuguinea, Tonga und Vanuatu durchführen.

Die USA sehen Chinas Einfluss im Pazifik als ernsthafte Bedrohung für ihr globales Gewicht an. Die Alliierten Australien und Neuseeland unternahmen Schritte, um dieser Bedrohung entgegenzuwirken, wobei Australien kürzlich Unterwasser-Telekommunikationskabel von den Salomonen nach Australien und Papua-Neuguinea finanzierte, um das chinesische Unternehmen Huawei davon abzuhalten. Sowohl China als auch Australien leisten den Ländern der Region Hilfe in Milliardenhöhe. Dabei plant Australien, in US-Überwachungsdrohnen zu investieren, um die eigene Sicherheit im Südchinesischen Meer zu erhöhen.

US-Marines bei einer Übung in Australien. Bild: stripes

Venezuela / Brasilien

Militär gegen Flüchtlingsstrom

Brasiliens Staatschef Michel Temer zieht eine Begrenzung des Flüchtlingsstroms aus dem benachbarten Venezuela in Betracht. Denkbar sei, an der Grenze Zutrittskarten zu vergeben, um die Zahl der ankommenden Flüchtlinge auf 100 bis 200 täglich zu begrenzen, anstatt der bisherigen 800 Venezolaner, die täglich nach Brasilien strömten. Mit der Vergabe von Tickets an den Grenzen werde eine Möglichkeit geschaffen, notleidende und bedürftige Flüchtlinge vorzuziehen.

Angesichts zunehmender Konflikte zwischen Einheimischen und Venezolanern hatte Brasiliens Regierung am Vortag Militär an die Grenze verlegt. Ursprünglich wurden dort 200 Soldaten stationiert; nun sind um die 500 dort platziert. Die Massnahme wurde notwendig, als Flüchtlinge in Brasilien angegriffen wurden. Die öffentliche Meinung in Brasilien begrüsste den Schritt. Die meisten Tageszeitungen äusserten sich für eine strikte Zuwanderungskontrolle.

In Brasilien ist der Flüchtlingsstrom ein Wahlkampfthema. Verschiedene Kandidierende machen sich für die Schliessung der Grenze stark. Dies wiederum möchte Temer nicht. Auch die Polizei will er nicht einsetzen und setzt stattdessen auf das besser bewaffnete und trainierte Militär.

Derweil plant Argentinien gemeinsam mit Kolumbien, Chile und Paraguay, sich wegen der Situation in dem südamerikanischen Land an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu wenden. Die vier Länder wollen erreichen, dass Ermittlungen gegen Venezuela wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingeleitet werden, wie der argentinische Präsident Mauricio Macri sagte.

«Es gibt keinen Zweifel, dass Menschenrechte verletzt wurden. Jeden Tag wächst die Einigkeit darüber, dass wir stärkere Massnahmen ergreifen müssen.» Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro habe sich nicht geändert. Mit Blick auf die nahe Zukunft Venezuelas sei er nicht optimistisch, sagte Macri.

Pascal Kohler, Henrique Schneider